

Antwort der AfD Berlin auf die Fragen der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg zu den Abgeordnetenhauswahlen 2021

5

10

Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren

Experten sind sich einig, dass es in den nächsten Jahren weitere globale Pandemien geben wird. Deshalb muss Berlin sich auf weitere pandemische Lagen vorbereiten.

15 Was sind aus Ihrer Sicht die fünf dringlichsten Maßnahmen, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein?

a) auf lokaler Ebene (in Berlin)

b) auf nationaler Ebene

c) auf europäischer und internationaler Ebene

20

zu a) und b)

Der Prävention im Rahmen des Katastrophenschutzes kommt eine große Bedeutung zu. Desinfektionsmittel und Schutzkittel waren nicht annähernd ausreichend in Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen vorrätig. Die AfD fordert vom Berliner Senat eine an Krisenszenarien orientierte Vorratshaltung.

25

Dazu gehört die Einrichtung bzw. der Ausbau von Notfalllagern für kritische Verbrauchsmaterialien (z.B. Handschuhe und Schutzkittel) und lebensnotwendige Arzneimittel. Schon vor der Corona-Krise hat es massive Lieferengpässe gegeben. Dringend benötigte Medikamente waren in den Apotheken nicht mehr ausreichend verfügbar. Lieferketten insbesondere aus Asien sicherten nur noch eingeschränkt den Bedarf.

30

Zu c)

Mittelfristig muss geprüft werden, welche Rückverlagerungen von Produktionsstandorten nach Deutschland oder in die EU sinnvoll sein können.

35

Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt

40

Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für die Durchsetzung von Regeln und die Bekämpfung von Verbrechen wichtig. Oft wird Verbrechensbekämpfung als eine rein polizeiliche Aufgabe gesehen. Dabei wies Franz von Liszt (1851-1919) schon vor über hundert Jahren auf einen anderen Zusammenhang hin: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“

45

Ausgehend von einem so umfassenden Blick auf Kriminalität, Prävention und die Verhinderung von Verbrechen möchten wir von Ihnen wissen, was aus ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität sind.

50

1. Bessere Ausstattung von Polizei und Justiz mit Personal, Befugnissen und Sachmitteln
2. Zeitnahe Aburteilung von Straftaten zwecks wirksamer General- und Spezialprävention
3. Konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter und wirksame Grenzsicherung

4. Bessere Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt

55 **NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz: Was tun gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen?**

Extremismus und Terrorismus werden auch in den nächsten Jahren eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben sein. Der bislang einzige islamistische Anschlag erfolgte in Berlin. In ganz Deutschland gab und gibt es ausländischerfeindliche und antisemitische Anschläge. Rechtsextremisten und Reichsbürger verüben Anschläge und bringen dabei
60 auch Polizisten und Politiker um.

a) Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz?

65 Der Abschlussbericht liegt bislang nur als Entwurf vor. Eine wesentliche Erkenntnis im Rahmen der Sicherheitsarchitektur ist es, dass nun Verbesserungen gelungen sind, sowohl in den Ländern als auch im Bund. So gab es bspw einen Personalaufwuchs im Berliner LKA, für die Bearbeitung Islamismus wurde mit dem LKA 8 eine komplett neue Abteilung geschaffen.

70 Im GTAZ (gemeinsames Terrorabwehrzentrum) wurden ebenso Verbesserungen erreicht.

b) Welche Maßnahmen halten Sie im Kampf gegen Links-, Rechts- und islamistischen Terrorismus für besonders wichtig? Nennen Sie Bitte die für jeden Phänomenbereich drei wichtigsten Maßnahmen.

75 **Linksterrorismus**

1. Konsequente Strafverfolgung und Ende der politisch motivierten Schonung – Verbot der Antifa als kriminelle Vereinigung
2. Dauerhafte Einrichtung einer spezialisierten Ermittlungseinheit in Anlehnung an Sachsen („Soko Linx“)
- 80 3. Beginn einer ernsthaften Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Linksextremismus, die mit ebenso vielen Mitteln ausgestattet ist wie der Kampf gegen Rechtsextremismus

Islamistischer Terrorismus

1. Konsequente Abschiebung von Gefährdern und verurteilten Islamisten
- 85 2. Wirksamer Grenzschutz und Verhinderung der Einreise ohne geklärte Identität
3. Entschieden Vorgehen gegen Hassprediger in Moscheen (z.B. Abschiebung oder Betätigungsverbot) und islamistische Indoktrination und Finanzierung aus dem Ausland

Rechtsextremismus

- 90 1. Konsequente Strafverfolgung
2. Verhinderung der Bewaffnung
3. Verstärkter Fokus auf sich radikalisierte Einzeltäter

Einzelfragen

95 **Verfassungsschutz**

- a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Verfassungsschutzes?
- b) Welche Maßnahmen zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?

100

- a) Nein
- b) Beendigung seines willkürlichen und rein politisch motivierten Einsatzes gegen die demokratische Opposition.

105

Videoüberwachung/Gesichtserkennung

a) Wo sehen Sie Defizite bei der Videoüberwachung?

b) Setzen Sie sich für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein? Bitte begründen Sie ihre Antwort.

110

a) Muss in Berlin auf alle kriminalitätsbelasteten Orte ausgedehnt werden – und die Öffentlichkeitsfahndung mit den Aufnahmen muss nach der Tat früher als derzeit möglich sein

115

b) Nein, da sie, sofern technisch ausgereift und missbrauchssicher, ein sinnvolles Instrument bei der Suche nach vermissten Minderjährigen und hilflosen Personen, Entführungsoptionen sowie Terroristen, Gefährdungen und mit Haftbefehl gesuchten Schwerverbrechern sein kann.

120

Ausgeschlossen sein muss die Erstellung von Bewegungsprofilen von Bürgern, die nicht diesen genannten Gruppen angehören.

Strafvollzug

125

Was sind ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und von Maßnahmen zur Resozialisierung?

130

1. Ausbau der JVA in Berlin insbesondere Errichtung der Teilanstalt I in Tegel.
2. Der „Warnschussarrest“ soll, statt bisher vier Wochen, künftig bis zu drei Monaten möglich sein. Die Verhängung einer Jugendstrafe sollte bereits ab drei, statt wie bisher ab sechs Monaten möglich sein.
3. Zur Verfügungstellung von Dienstwohnungen für Bedienstete der JVA um den Beruf in Berlin auch bei Wohnungsmangel in der Stadt attraktiver zu gestalten.

135

Obdachlosigkeit

Würden Sie, ausgehend von den Erfahrungen der Coronavirus-Pandemie, etwas am Housing-First-Programm des Senats verändern?

140

Viele Obdachlose kommen aus Osteuropa. Housing-First-Projekte können meist nur kurzfristig Abhilfe schaffen. Um zu verhindern, dass Berlin zu einem Hotspot für osteuropäische Obdachlose wird, fordert die AfD, mehr politischen Druck auf die Herkunftsländer auszuüben und Pilotprojekte wie die Rückkehrerinitiative von Barka zu unterstützen, um eine sozial begleitete Rückkehr der Betroffenen in ihre Heimatländer zu erleichtern.

145

Freiwilliges Engagement

150

Im Dezember 2020 wurde die Berliner Engagementstrategie 2020-2025 mit hundert Handlungsempfehlungen beschlossen.

a) Wie wollen Sie die Berliner Engagementstrategie umsetzen?

b) Welches sind die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen?

155

Zu a) und b)

Das Ehrenamt als Tradition freiwilligen Engagements mit der Intention, anderen Menschen

160 zu helfen, muss weiter gestärkt werden. Dazu ist es wichtig, freiwilliges Engagement sichtbarer und bestehende Angebote bekannter zu machen. Außerdem muss die digitale Infrastruktur ausgebaut und die Online-Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Was aber nicht passieren darf, ist, dass Freiwilligenarbeit zur Lösung von Finanznot und Personalmangel im Rahmen öffentlicher Aufgaben eingesetzt wird. Gerade im Bildungs-, Sozial-, Kranken- und Pflegebereich können ehrenamtlich Tätige hauptamtliche Kräfte nicht ersetzen.

Demokratie und demokratische Verfahren

165 Oft wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Verfahren gesprochen. Teilen Sie diese Ansicht? Wenn ja: Was wollen Sie dagegen unternehmen?

170 Die AfD ist ein Motor der Demokratiebeteiligung, keine andere Partei hat in den vergangenen Jahren mehr Nichtwähler in den demokratischen Prozess zurückgeholt.